



Antrag

6.1NEU Termin BDKJ-Hauptversammlung 2023

Antragssteller*innen:

Antragstext

- 1 Die BDKJ-Hauptversammlung möge beschließen:
- 2 Der Termin für die BDKJ-Hauptversammlung 2023 wird festgelegt auf:
- 3 Donnerstag, 04. Mai bis Sonntag, 07. Mai 2023.
- 4 Tagungsort ist die Jugendbildungsstätte Haus Altenberg, Odenthal-Altenberg.
- 5 Es wird im Jahr 2021 eine weitere Hauptversammlung durchgeführt. Termin und Ort
- 6 werden im Nachhinein geklärt.

Antrag

6.4NEU Änderung der Bundesordnung – „Damit die Verbandsstruktur wirklich zukunftsfähig wird“

Antragssteller*innen: BDKJ-Hauptversammlung

Antragstext

1 Die Bundesordnung wird wie folgt geändert:

2 *Ursprünglicher Text:*

3 **§ 18 Abs. 1 Nr. 3**

4 Festlegung der räumlichen Gliederung des BDKJ in Regionen und

5 *Beantragter neuer Text:*

6 **§ 18 Abs. 1 Nr. 3**

7 Festlegung der räumlichen Gliederung des BDKJ in Regionen gemäß § 27 und

8 *Ursprünglicher Text:*

9 **§ 27 Abs. 1 Satz 4**

10 Die regionalen Grenzen sind in der Diözesanordnung konkret zu beschreiben.

11 *Beantragter neuer Text:*

12 **§ 27 Abs. 1 Satz 4**

13 Die vorhandenen regionalen Grenzen sind in der Diözesanordnung zu beschreiben.

14 **In § 27 wird folgender Absatz ergänzt:**

15 Sieht die Diözesanordnung nicht die flächendeckende Bildung regionaler

16 Gliederungen vor, können im Rahmen der räumlichen Struktur des Diözesangebietes

17 durch den Zusammenschluss von Jugendverbänden Regionalverbände entstehen.



Antrag

6.5NEU Bundesweite 72-Stunden-Aktion

Antragssteller*innen: BDKJ-Hauptversammlung

Antragstext

- 1 Es findet erneut eine bundesweite 72-Stunden-Aktion in allen 27 deutschen
- 2 Diözesen und in allen BDKJ-Jugendverbänden statt.
- 3 Die 72-Stunden-Aktion findet im Jahr 2024 statt. Näheres regelt ein weiterer
- 4 Beschluss zur bundesweiten 72-Stunden-Aktion.

Antrag

6.7NEU Klimagerechtigkeit jetzt! Wir fordern globale Gerechtigkeit!

Antragssteller*innen:

Antragstext

1 Die Klimakrise ist eine globale Krise und betrifft uns alle. Menschen im
2 Globalen Süden sind schon jetzt besonders von den Folgen der Klimakrise
3 betroffen: Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürreperioden zerstören ihre
4 Lebensgrundlage. Jene, die am wenigsten zum menschengemachten Klimawandel
5 beitragen, sind diejenigen, die bereits jetzt am stärksten unter den Folgen
6 leiden und in Zukunft am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen
7 sein werden.

8 Als Mitglieder der katholischen Jugendverbände verstehen wir uns als
9 Weltbürger*innen und setzen uns in unseren internationalen Partnerschaften sowie
10 darüber hinaus für gerechte und zukunftsfähige Lebensverhältnisse für alle
11 Menschen ein.

12 Wir stehen ein für die Umsetzung der mit der Agenda 2030 beschlossenen
13 nachhaltigen Entwicklungsziele und folgen dem Auftrag von Papst Franziskus, der
14 uns in seiner Enzyklika „Laudato si“<sup>[Fußnote: Papst Franziskus (2015) Laudato
15 si]. Über die Sorge für das gemeinsame Haus.] dazu aufruft, die Bewahrung der
16 Schöpfung ernst zu nehmen und aktiv für unseren Planeten einzutreten.</sup>

17 **Die Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit**

18 Der Klimawandel hat nicht nur zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt,
19 sondern führt zusätzlich zu sozialer Ungerechtigkeit: Er nimmt enormen Einfluss
20 auf die Achtung der Menschenrechte, verstärkt soziale Ungerechtigkeit und wird
21 gleichzeitig durch soziale Ungleichheiten vorangetrieben.<sup>[Fußnote: vgl.
22 <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/klima-und-nachhaltigkeit>]</sup>

23 Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, dass jeder Mensch das gleiche Recht hat,
24 die Atomsphäre zu nutzen, ohne sie dabei zu belasten. Die Lebensgrundlage auf
25 der Erde darf nicht durch den globalen Temperaturanstieg und die daraus
26 resultierenden Folgen in Gefahr gebracht werden. Dies gilt für die jetzige sowie
27 auch für zukünftige Generationen. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt der
28 Lebensgrundlage aller Menschen weltweit und die Bewahrung der Schöpfung ein.

29 **Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung**

30 Zu den wesentlichen Ursachen der Klimakrise gehört der Wirtschafts- und
31 Lebensstil in den Ländern des Globalen Nordens und der Eliten in Ländern des

32 Globalen Südens. Aus der Nutzung von Ressourcen ist der Wohlstand des Globalen
33 Norden entstanden. Daraus entsteht Verantwortung. Um gutes Leben für Alle
34 weltweit zu ermöglichen, dürfen jetzt keine Kosten und Mühen gescheut werden,
35 denn die Folgen des Klimawandels sind weitaus größer als eine Politik des Nicht-
36 Handelns.

37 Wir fordern Klimagerechtigkeit und setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die
38 den Klimawandel verursacht haben, in besonderer Verantwortung für den
39 Klimaschutz aktiv werden. Im Pariser Klimaschutzabkommen ist das Prinzip der
40 gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung festgehalten: Alle Staaten
41 tragen die Verantwortung, die Klimakrise zu bekämpfen. Die Verantwortung und
42 dementsprechend die Lastenverteilung müssen aber unterschiedlich gewichtet
43 werden. Dieses Prinzip nimmt die Verursacher*innen in die Pflicht, sich für die
44 Begrenzung der Folgen des Klimawandels einzusetzen und andere Länder im Einsatz
45 gegen den Klimawandel zu unterstützen. Staaten, die historisch für viele
46 Emissionen verantwortlich sind, müssen nun Verantwortung übernehmen.
47 Emissionsverursachende Staaten tragen besondere Pflichten und dürfen nicht durch
48 Schlupflöcher ihre Emissionen in ärmere Produktionsländer exportieren und
49 dadurch CO₂-Kolonialismus betreiben.

50 Deutschland liegt aktuell weltweit in der Top 10 der Länder mit dem jährlich
51 größten CO₂-Ausstoß.[1] und hat einen enorm hohen Emissionswerte mit 8,4
52 T/Person[2] . Deutschland trägt eine besondere Verantwortung, denn historisch
53 betrachtet, ist es für 7,3% der akkumulierten Emissionen[3] verantwortlich und
54 liegt somit auf Platz 4. Das bedeutet, dass Deutschland für einen
55 Temperaturanstieg von 0,033 Grad Celsius verantwortlich[4] ist und wir 3 Erden
56 bräuchten, wenn die ganze Welt, wie Deutschland leben würde.[5]

57 Aus hohen Emissionsausstößen folgt höhere Verantwortung. Diese besteht darin,
58 Folgen durch Anpassungsmaßnahmen weltweit zu begrenzen. Zudem muss klar
59 Verantwortung für bereits entstandene und nicht mehr abwendbare Folgen getragen
60 werden. Außerdem müssen die eigenen Emissionen drastisch reduziert werden.

61 Um Klimaschutzmaßnahmen sowohl im Bereich der Anpassung an den Klimawandel, als
62 auch an die Reduzierung von Emissionen voranzutreiben hat sich die weltweite
63 Staatengemeinschaft dazu verpflichtet ökonomisch ärmere Länder durch
64 Klimafinanzierung zu unterstützen. Ob das Finanzversprechen von 100-Milliarden
65 Dollar bis 2020 erfüllt wurde, ist bisher unklar. Dieses Ziel ist als nicht
66 ausreichend zu bewerten und muss zukünftig erhöht werden [6]. Zudem ist die
67 gewählte Finanzierungsart der Kredite zu hinterfragen, denn dies verschiebt das
68 Problem der Finanzierung nur in die Zukunft und bereits verschuldete Länder
69 müssen sich noch mehr verschulden. Schuldenbelastete Länder werden durch
70 Ausgaben für den Klimaschutz sowohl im Anpassungs-, wie auch Reduzierungsbereich
71 weiter belastet. Zudem sind viele der Staaten, die bereits jetzt die Folgen der
72 Klimakrise spüren, bzw. nicht mehr abwendbare Folgen erfahren müssen, tief
73 verschuldet[7].

74 Im Bereich der Klimakrise besteht mittlerweile ein großer Wissensschatz an
75 Szenarien und Folgenforschung. Da durch den Anstieg der globalen
76 Durchschnittstemperatur Extremwettersituationen zunehmen[8], kann die
77 Zusammenarbeit mit der Krisenpräventionsforschung hilfreich sein. Mögliche
78 Risiken, die bereits abgeschätzt werden können, gilt es einzudämmen oder
79 abzuwenden. Prävention und antizipatives Handeln[9] können Menschenleben retten
80 und mindern die Kosten für klimabedingte Schäden und Verluste. Hierfür fehlen
81 bisher dementsprechende Strukturen zur Umsetzung.

82 Klimabedingte Schäden und Verluste haben bisher kein eigenes Budget. Stattdessen
83 werden Maßnahmen des Klimaschutzes meist als Teil der Entwicklungspolitik oder
84 humanitären Hilfe gezählt. Erst durch eine Abgrenzung klimabedingter Schäden und
85 Verluste und Maßnahmen des Klimaschutzes von Entwicklungszusammenarbeit und
86 humanitärer Hilfe, wird wirklich Verantwortung durch Pflichtwahrnehmung
87 übernommen. Dafür müssen eigene Strukturen und Budgets geschaffen werden und
88 nicht die bereits bestehenden und meist sehr kleinen Budgets zusätzlich belastet
89 werden.

90 Klimapolitik ist geprägt von Machtstrukturen. Am Verhandlungstisch müssen jedoch
91 alle Länder mit einbezogen werden, denn nur als Weltgemeinschaft lässt sich die
92 globale Klimakrise bekämpfen. Es gilt Verantwortung zu übernehmen für eine
93 gleichberechtigte Teilnahme an den Verhandlungen und eine machtkritische
94 Perspektive der Verhandler*innen einzunehmen. Länder, welche die Finanzierung
95 von Delegationen und Expert*innen nicht selbst tragen können, müssen durch
96 Finanzierung und Kapazitätsausbau gefördert werden. Wir müssen Verantwortung
97 übernehmen, dass Klimaschutz inklusiv stattfindet und somit das Vertrauen in
98 Multilateralismus und den gemeinsamen Prozess gestärkt wird.

99 **Jedes Grad zählt!**

100 Im Pariser Klimaabkommen hat sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, das
101 2°C -Ziel zu erreichen und wenn möglich sogar das 1,5°C-Ziel gegenüber der
102 vorindustriellen Zeit.[10] Laut Weltklimarat IPCC werden sich schon bei einer
103 globalen Erhitzung von mehr als 1,5 Grad Celsius viele Klimarisiken drastisch
104 verschärfen mit potenziell irreversiblen Auswirkungen auf viele Ökosysteme, die
105 Stabilität des Klimasystems und die gesamte Menschheit.[11] Die momentanen
106 politischen Bemühungen führen jedoch zu einer Erderwärmung von 2,1-3,9 °C.[12]
107 Mit jedem Zehntelgrad Erderwärmung sind die Auswirkungen auf die
108 Lebensbedingungen der Menschen weltweit spürbar und gefährliche Kipppunkte und
109 unkontrollierbare Kettenreaktionen könnten erreicht werden.[13] Bereits jetzt
110 sind vermehrte Dürren und Extremwetterereignisse, die vor allem die arme
111 Bevölkerung der Welt betreffen, keine Seltenheit mehr und der Klimawandel für
112 Menschen im globalen Süden lebensbedrohend. Dies fordert eine ambitionierte
113 Klimapolitik, die Verantwortung gegenüber allen Menschen weltweit übernimmt und
114 lebensnotwendige Schadensbegrenzung vorantreibt.

115 **Jetzt ist die Zeit zum Handeln!**

116 Als Christ*innen haben wir den Auftrag, die Schöpfung zu bewahren und uns für
117 globale Gerechtigkeit einzusetzen.

118 Diesen Anspruch haben wir an uns selbst, an die Verantwortungsträger*innen in
119 der katholischen Kirche in Deutschland und an Politiker*innen

120 Deshalb fordern wir von der Politik:

- 121 • Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Deutschland auf nationaler
122 sowie auf internationaler Ebene seinen Beitrag leistet, das 1,5°C-Ziel zu
123 erreichen. National bedeutet dies durch ambitionierte Maßnahmen in allen
124 Sektoren die Emissionen zu senken und sich europa- und weltweit für starke
125 Klimaziele einzusetzen. Deutschland und die EU können und müssen im
126 Klimaschutz weltweite Vorreiter*innen werden. Mögliche Schritte auf dem
127 Weg dahin sind etwa ein deutlich höherer CO2 Preis im europäischen
128 Emissionshandel, eine erweiterte CO2-Bepreisung in bisher nicht abgedeckten
129 Sektoren und eine deutliche Ambitionssteigerung im Zuge der europäischen
130 Nationally Determined Contributions.
- 131 • Die Klimakrise und die Coronakrise treffen die Ärmsten auf der Welt
132 besonders hart. Deutschland muss Länder des Globalen Südens finanziell und
133 durch Kapazitätsaufbau dabei unterstützen, die Folgen der Klimakrise zu
134 bewältigen und klimaneutral zu handeln.
- 135 • Die Anpassung an den Klimawandel bedarf einer soliden Finanzierung:
136 Deutschland muss einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung
137 leisten. Die zugesagten Mittel für Klimaschutz und Anpassung in den
138 wirtschaftlich ärmeren Ländern bereitzustellen, müssen erfüllt und weiter
139 ausgebaut werden. Die Mittel dürfen nicht auf Kosten der allgemeinen
140 Entwicklungsfinanzierung oder der humanitären Hilfen gehen.
- 141 • Klimabedingte Schäden und Verluste müssen gemeinsam finanziert werden. Die
142 betroffenen Länder müssen durch die internationale Gemeinschaft finanziell
143 unterstützt werden. Wir fordern, dass Deutschland seine Verpflichtungen
144 gemäß dem Warschau-Mechanismus[14] vorantreibt und Mittel für eine
145 armutsorientierte Bekämpfung von Klimaschäden bereitstellt.
- 146 • Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung. Hochverschuldete Länder im
147 globalen Süden geraten durch Schäden, die durch den Klimawandel entstehen,
148 noch tiefer in eine Schuldenfalle. Mit jeder Schuldentrückzahlung an
149 Gläubiger verlieren die Staaten Geld, welches sie für Nothilfe und
150 Wiederaufbau dringend benötigen. Die Bundesregierung soll sich deshalb im
151 Rahmen der Klimakonferenzen, bei den Vereinten Nationen sowie im
152 Internationalen Währungsfonds dafür einsetzen, Entschuldungsoptionen für
153 Länder zu schaffen, die besonders vom Klimawandel betroffen sind.
- 154 • Nur gemeinsam können wir uns der Klimakrise und der Zukunft stellen:
155 Deshalb fordern wir von der Bundesregierung ein Eintreten für
156 multinationale Ansätze.

- 157
- 158
- 159
- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- 165
- 166
- Die Flucht vor den Folgen der Klimakrise muss als Fluchtursache t anerkannt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die direkten Folgen des Klimawandels, wie etwa den Anstieg des Meeresspiegels oder extreme Wetterereignisse, als Fluchtgrund im Rahmen von Asylverfahren anzuerkennen, wo sie die Lebensgrundlage von Asylsuchenden nachweislich bedrohen und daher eine Rückkehr ins Herkunftsland ausgeschlossen ist. Dafür ist ein Kriterienkatalog zu entwickeln. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zwingend notwendig. Denn nur eine gesamteuropäische Reform der Asylpolitik kann zu einer nachhaltigen und menschenwürdigen Lösung führen.

167 Weiterhin fordern wir von den kirchlichen Verantwortungsträger*innen:

- 168
- 169
- 170
- 171
- 172
- 173
- 174
- 175
- 176
- Kirche muss ihre Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung wahr und ernst nehmen. Aus dem Aspekt der Klimagerechtigkeit erfolgt ein besonderer Auftrag, sich mit den bereits jetzt am meisten vom Klimawandel betroffenen Menschen im Globalen Süden zu solidarisieren und diese zu unterstützen.
 - Wir fordern von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die Dringlichkeit des Klimaschutzes öffentlich zu formulieren und diesen Standpunkt in den politischen und weltkirchlichen Diskurs einzubringen. Der Betrieb kirchlicher Institutionen muss bis zum Jahr 2030 klimaneutral werden. Dazu müssen
 - die kirchlichen Gebäude klimaneutral umgerüstet werden
 - Verbindliche Vorgaben für die Nutzer*innen kirchlicher Landwirtschaftsflächen nach ökologischen Kriterien erlassen und umgesetzt werden.
 - klare Beschaffungsregelungen für alle kirchlichen Einrichtungen insbesondere im Bereich der Lebensmittel und Verbrauchsmaterialien erlassen werden, die nachhaltigen, fairen und ökologischen Kriterien entsprechen [Fußnote: Vergleiche Beschluss: „Jetzt handeln – Schöpfung bewahren“ https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5-27_Jetzt_handeln_-_Schoepfung_bewahren.pdf]
 - Verbindliche Kriterien für Geldanlagen entwickelt werden, die sich an sozialen und ökologischen Standards orientieren
 - die Engagierten auf Ortsebene befähigt werden, durch Informationen, Vernetzungsmöglichkeiten und Beratung durch Unterstützung von hauptamtlichen Entscheidungsträger*innen den Klimaschutz im kirchlichen Leben weiter innovativ voranzutreiben.

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

Als Jugendverbände verpflichten wir uns selbst:

- Wir bringen die Forderungen zu einem klimagerechten Handeln in die Politik, kirchliche Strukturen und die Gesellschaft auf allen Ebenen ein. Hierzu wollen wir die Mitglieder in unseren Verbänden befähigen, selbst

198 sprachfähig zu sein,

- 199 • Wir, der BDKJ-Bundesverband, die BDKJ-Diözesanverbände und die
200 Bundesebenen der Jugendverbände, führen unsere Aktivitäten bis 2030
201 klimaneutral durch und gehen so mit gutem Beispiel voran. Diesen Appell
202 tragen wir in alle Ebenen unserer Verbände. Als Hilfestellung stellt der
203 Bundesverband geeignete Bildungsmaterialien zur Bilanzierungs- und CO²-
204 Fußabdrucksreduzierung zur Verfügung.
- 205 • Wir vernetzen wir uns untereinander und mit Akteuren des Klimaschutzes und
206 wirken in Bündnisse aktiv mit.

207 Quellen und Verweise

208 [1]

209 [1]

210 [https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20180301STO98928/treibh-
ausgasemissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik](https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20180301STO98928/treibh-
211 ausgasemissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik)

212 [2] [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167877/umfrage/co-emissionen-
nach-laendern-je-einwohner/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167877/umfrage/co-emissionen-
213 nach-laendern-je-einwohner/)

214 [3] https://pdf.wri.org/navigating_numbers.pdf

215 [4] <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/9/1/014010>

216 [5] <https://data.footprintnetwork.org/#/analyzeTrends?type=earth&cn=79>

217 [6] [https://www.deutschklimafinanzierung.de/wp-
content/uploads/2021/02/2021_Update_Hintergrund_Klimafinanzierung_Ursprünge_Konz-
epte_Baustellen-1.pdf](https://www.deutschklimafinanzierung.de/wp-
218 content/uploads/2021/02/2021_Update_Hintergrund_Klimafinanzierung_Ursprünge_Konz-
219 epte_Baustellen-1.pdf)

220 [7] [https://erlassjahr.de/wordpress/wp-
content/uploads/2021/04/Analyse_102_English.pdf](https://erlassjahr.de/wordpress/wp-
221 content/uploads/2021/04/Analyse_102_English.pdf)

222 [8] <https://media.ifrc.org/ifrc/world-disaster-report-2020/>

223 [9] Definition Antizipatives Handeln: "Vorausschauende humanitäre Hilfe
224 beinhaltet eine Vielzahl von Ansätzen und Instrumenten, die es ermöglichen,
225 bereits vor dem Einsetzen einer Krise aktiv zu werden. Diese Art der humanitären
226 Hilfe baut auf Frühwarnsysteme: Anhand von datenbasierten Vorhersagen und
227 Analysen werden Frühwarnungen für eskalierende Lagen getroffen. Ausgehend davon
228 werden konkrete, frühzeitige humanitäre Vorsorgemaßnahmen zur unmittelbaren
229 Risikoreduktion ("Early Actions") ausgelöst. Damit humanitäre Hilfe
230 vorausschauend eingesetzt werden kann, ist es notwendig, Frühwarnmechanismen zu
231 fördern, die Leistungs- und Reaktionsfähigkeit von humanitären Akteuren zu
232 stärken und Finanzierungsmechanismen für vorausschauende humanitäre Hilfe zu
233 etablieren. ([https://www.auswaertiges-
amt.de/de/aussenpolitik/themen/humanitaere-hilfe/huhi/205108](https://www.auswaertiges-
234 amt.de/de/aussenpolitik/themen/humanitaere-hilfe/huhi/205108))

235 [10] https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf

236 [11] <https://www.ipcc.ch/sr15/>

237 [12] [https://climateactiontracker.org/publications/global-update-paris-](https://climateactiontracker.org/publications/global-update-paris-agreement-turning-point/)
238 [agreement-turning-point/](https://climateactiontracker.org/publications/global-update-paris-agreement-turning-point/)

239 [13] [https://www.klimafakten.de/meldung/infografik-machen-05-degc-weniger-](https://www.klimafakten.de/meldung/infografik-machen-05-degc-weniger-erderwaermung-wirklich-einen-unterschied)
240 [erderwaermung-wirklich-einen-unterschied](https://www.klimafakten.de/meldung/infografik-machen-05-degc-weniger-erderwaermung-wirklich-einen-unterschied)

241 [14] [https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/addressing-the-impacts-](https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/addressing-the-impacts-of-climate-change-through-an-effective-warsaw-international-mechanism-on-loss-and-damage/)
242 [of-climate-change-through-an-effective-warsaw-international-mechanism-on-loss-](https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/addressing-the-impacts-of-climate-change-through-an-effective-warsaw-international-mechanism-on-loss-and-damage/)
243 [and-damage/](https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/addressing-the-impacts-of-climate-change-through-an-effective-warsaw-international-mechanism-on-loss-and-damage/)

Antrag

6.11NEU3 Perspektiven schaffen und Zukunft sichern! Jugendverbandsarbeit in der Pandemie stärken

Antragssteller*innen:

Antragstext

1 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stehen aufgrund der Corona-Pandemie vor
2 außergewöhnlichen Herausforderungen. Persönliche Einschränkungen und fehlende
3 Zukunftsperspektiven sind für junge Menschen nicht nur aktuell ein Problem,
4 sondern wirken ein Leben lang nach. Es sind vielerorts junge Menschen, die seit
5 Beginn der Covid-19-Pandemie Verantwortung übernommen und durch ihre Aktivitäten
6 wertvolle Beiträge zum Gemeinwesen geleistet haben.

7 Überall in Deutschland, wo junge Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit aktiv
8 sind, zeigt sich: sie lernen solidarisches Handeln und Verantwortung für sich
9 und andere zu übernehmen. Kinder- und Jugendarbeit ist ebenso Lernort für
10 Demokratie: Junge Menschen gestalten Entscheidungsprozesse, erleben
11 Selbstwirksamkeit und gestalten ihre Umwelt. Die überwiegend durch
12 ehrenamtliches Engagement getragene Kinder- und Jugendarbeit nimmt eine wichtige
13 Rolle in der Entwicklung junger Menschen ein und braucht daher vor allem während
14 und nach Krisenzeiten eine klare Perspektive!

15 In den katholischen Jugendverbänden handeln junge Menschen motiviert aus ihrem
16 Glauben heraus. Sie prägen damit auch das kirchliche Bild in der Pandemie. Sie
17 bieten spirituelle Räume, personelle seelsorgliche Angebote und tatkräftige
18 Unterstützung. Ihnen dabei die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, muss
19 auch für unsere Kirche eine Selbstverständlichkeit sein.

20 Die katholischen Jugendverbände machen sich daher dafür stark, dass in der
21 Corona-Pandemie die Interessen und das Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen und
22 jungen Erwachsenen in den Fokus gerückt wird. Sie können nicht nur auf ihre
23 Rolle als Schüler*innen, Auszubildende und Studierende reduziert werden. Die
24 Bedeutung von Kinder- und Jugendarbeit muss als gleichberechtigtes und
25 komplementäres Lern- und Entwicklungsfeld wahrgenommen und gefördert werden.

26 Als Kinder- und Jugendverbände gestalten wir unsere Angebote
27 verantwortungsbewusst und ermutigen alle Akteur*innen im Rahmen ihrer
28 Möglichkeiten und unter Wahrung aller notwendigen (Schutz-)Maßnahmen, ihre
29 Angebote breit und vielfältig zu gestalten, insofern die persönliche
30 Risikoabwägung, das aktuelle Pandemiegeschehen und die gesetzlichen Regelungen
31 dies zulassen.

32 Wir appellieren an die (kirchen-)politischen Entscheidungsträger*innen und an

33 alle Akteur*innen in Politik, Kirche und Zivilgesellschaft auf junge Menschen
34 zuzugehen, ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen und Begegnung und Beteiligung auf
35 Augenhöhe zu schaffen. Wir wenden uns mit folgenden Anliegen an die Zuständigen
36 in den (Erz-)Diözesen, in Bund, Ländern und Kommunen:

37 **Freiräume zur Persönlichkeitsentwicklung sind nicht verhandelbar!**

38 Während sich der bildungspolitische Diskurs überwiegend auf das Thema Schule und
39 die Frage nach Distanzunterricht und Lerndefizite bezieht, wird häufig
40 vergessen, dass Bildung mehr ist als Schule, Ausbildung und Studium. Doch gerade
41 vor dem Hintergrund der aktuellen Lebenssituation junger Menschen muss der Blick
42 dringend dahingehend geweitet werden, was junge Menschen über fachliche
43 Kompetenzen hinaus brauchen, um sich entwickeln und ihre Potenziale entfalten zu
44 können. Für uns als katholische Jugendverbände gehören dazu auch Angebote, die
45 junge Menschen bei ihrer Suche nach Spiritualität, der Auseinandersetzung mit
46 der eigenen Geschlechtsidentität, der Entwicklung ihres Wertegerüsts oder der
47 Beantwortung existenzieller Fragen begleiten. Für Jugend- und Bildungspolitik in
48 Zeiten von Corona bedeutet dies, auf die Bedürfnisse junger Menschen einzugehen
49 und in der Schule und vor allem außerhalb von Schule Möglichkeiten zu eröffnen,
50 damit junge Menschen Gemeinschaft erfahren und selbstbestimmt Freiräume
51 gestalten können.

52 **Zur Ermöglichung der Jugendarbeit fordern wir:**

- 53 • Die Möglichkeit, wenn Schulen wieder geöffnet werden, auch
54 verantwortungsvolle Konzepte zur Umsetzung der Jugendarbeit in ihrer
55 Eigenschaft als komplementärer Lern- und Entwicklungsort zur Schule
56 umgesetzt werden dürfen.
- 57 • Unentgeltliche Räume, die unter Wahrung der gebotenen Vorsichtsmaßnahmen
58 (Abstand, Hygiene, etc.), Angebote zur Umsetzung der Arbeit vor Ort in
59 Präsenz ermöglichen.
- 60 • Die Unterstützung der Verantwortlichen in der Kommunalpolitik und der
61 Pfarreien vor Ort, um Jugendräume und Einrichtungen der Jugendarbeit mit
62 den entsprechenden Hygiene- und Schutzkonzepten nutzen zu können.
- 63 • Langfristige und flächendeckendere finanzielle und materielle Hilfesysteme
64 für Bildungs-, Tagungs- und Freizeiteinrichtungen, damit diese auch
65 zukünftig als Orte des verbandlichen Lebens zur Verfügung stehen können.
- 66 • Eine Test-Strategie, um die Organisation und Durchführung von Angeboten
67 der Kinder- und Jugendverbände sicherer zu gestalten. Dabei muss der
68 Einsatz von (Selbst-)Tests auch in aktuellen Förder-Programmen finanziell
69 bedacht und gefördert werden.
- 70 • Eine Impf-Strategie, die Kinder und Jugendliche als gleichwertige
71 Bürger*innen berücksichtigt.
- 72 • Mehr Ressourcen für die professionelle Begleitung und Beratungsangebote,
73 die jungen Menschen sowohl inhaltlich, seelsorglich und psychologisch zur

74 Seite stehen, damit diese auch unter den Belastungen der aktuellen
75 Situation ihr Engagement gut leisten und situationsgerecht handeln können.

- 76 • Anerkennung der digitalen Lebenswelten junger Menschen sowie eine
77 barrierearme Ermöglichung von Teilhabe und Kontakt insbesondere vor dem
78 Hintergrund des Datenschutzes bzw. der Einschränkung digitaler
79 Möglichkeiten bei Mitarbeiter*innen vor Ort.
- 80 • Schlüssige Konzepte und (hauptberufliche) Begleitung, damit auch für die
81 Zeit nach Corona Jugendarbeit möglich bleibt.

82 **Jetzt kurzfristige Möglichkeiten für den Sommer 2021 schaffen!**

83 Die bisherigen Öffnungsperspektiven ermöglichen derzeit keine Freizeiten oder
84 Veranstaltungen in den kommenden Sommermonaten. Ein weiterer Sommer ohne
85 Freizeitmöglichkeiten würde junge Menschen weiter schwächen, die bereits unter
86 dem mangelnden Kontakt zu Gleichaltrigen leiden. Die Kinder- und Jugendarbeit
87 muss darum als gleichwertig anerkannt werden. Das soziale Miteinander und die
88 dadurch entstehende persönliche Entwicklung werden mit pädagogischen
89 Freizeitmaßnahmen zielgerichtet gefördert und sind nicht ersetzbar.

90 Wir fordern für die Kinder- und Jugendarbeit

- 91 • Schaffung von Perspektiven für die Kinder- und Jugendarbeit, damit diese
92 u.a. Freizeitmöglichkeiten schaffen können, die an das Infektionsgeschehen
93 und die entsprechenden Landesverordnungen angemessen sind
- 94 • Schaffung von Rechtssicherheit für die Kinder- und Jugendarbeit bei
95 Anwendung der aktuell gültigen Corona-Verordnung
- 96 • Aktiven Haupt- und Ehrenamtlichen soll bereits vor Beginn der Sommerferien
97 ein Impfangebot gemacht werden, um die Kinder- und Jugendarbeit sicher zu
98 stellen.
- 99 • zeitnahe Unterstützung durch materielle und finanzielle Förderung von
100 Ferien- und Wochenendfreizeiten sowie Jugendbegegnungen und Angebote zur
101 Demokratiebildung durch das Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für
102 Kinder und Jugendliche

103 **Katholische Jugendverbandsarbeit ist demokratisch, politisch und systemrelevant!**

104 Kinder- und Jugendarbeit hat den klaren Auftrag, Lernort für Demokratie und
105 aktiver Teil einer demokratisch organisierten Gesellschaft zu sein. Insofern
106 reichen die Aufgaben von Jugendarbeit weit über wichtige, außerschulische
107 Freizeitgestaltung hinaus. Gerade in einer Zeit, in der einerseits demokratische
108 Prozesse durch Einschränkungen im öffentlichen Leben erschwert sind und auf der
109 anderen Seite politische Strömungen erstarken, die offen den demokratisch
110 verfassten Staat in Frage stellen, muss Kinder- und Jugendarbeit als Ort
111 unterschiedlichster Aneignungs- und Gestaltungsprozesse gestärkt und gefördert
112 werden.

113 Vor allem aber sind junge Menschen die Generation, die in ihrem Leben die

114 Auswirkungen der jetzt getroffenen politischen Entscheidungen langfristig tragen
115 muss, und mehrheitlich dazu bereit, für sich und andere Verantwortung zu
116 übernehmen.

117 **Zur Absicherung der Jugendverbandsarbeit fordern wir:**

- 118 • Alle Verantwortungsträger*innen in Kirche, Zivilgesellschaft und Politik
119 sind dringend dazu aufgefordert, junge Menschen als politische
120 Akteur*innen wahr- und ernst zu nehmen. Die Beteiligung junger Menschen an
121 allen politischen Prozessen auf allen politischen Ebenen muss –
122 insbesondere auch in Zeiten der Pandemie- selbstverständlich sein.
- 123 • Selbstorganisierte Jugendarbeit, die Erfahrungs- und Reflexionsräume
124 bietet, ist dahingehend zu fördern, dass sie besonders in der Zeit der
125 Krise Diskurs, Partizipation und demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung
126 ermöglicht.
- 127 • Jugendverbandsarbeit darf nicht Gegenstand von Sparmaßnahmen werden,
128 sondern ist durch verlässliche finanzielle und personelle Ausstattung als
129 bedeutsamer Lernort für Demokratie, Glaubens- und
130 Persönlichkeitsentwicklung auch nach der Pandemie konsequent abzusichern.
- 131 • Verlässliche Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendverbandsarbeit in
132 Deutschland, dazu gehören für uns:
 - 133 ◦ Eine zuverlässige und langfristig angelegte Finanzierung von
134 hauptberuflichem und hauptamtlichem Personal, die auch über das Jahr
135 2022 hinaus abgesichert werden muss.
 - 136 ◦ Eine Förderung und Anerkennung von Freiräumen und ehrenamtlichem
137 Engagement sowie Freiwilligendiensten, insbesondere durch das
138 Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche
 - 139 ◦ Eine konsequente Umsetzung (auch im digitalen Raum) von
140 Qualifizierungsangebote für Engagierte auch in der aktuellen
141 Situation.

142 **Junge Menschen in den Blick nehmen!**

143 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
144 Freiräume, Kontakte und Perspektiven brauchen. Nicht nur im hier und jetzt,
145 sondern auch in Zukunft!

146 Für uns steht fest, dass nicht die Kinder und Jugendlichen für die Krise zahlen
147 dürfen, weder als Steuerzahler*innen von morgen, noch durch dramatische
148 Einschnitte, die unwiederbringliche Erfahrungen für die Kinder und Jugendlichen
149 verhindern. Bereits in der aktuellen Situation wird deutlich, dass insbesondere
150 Kinder stark eingeschränkt sind. Fehlende Möglichkeiten der digitalen Teilhabe,
151 Kinder- und Jugendarmut und mangelnde Bildungsgerechtigkeit verschärfen die
152 aktuelle Situation in ihrer Dramatik zusehends noch weiter: zwei von drei
153 Kindern fühlen sich zunehmend einsam und geben an, unter einem erhöhten

154 psychischen Druck zu leiden. Lediglich Schulöffnungen können hier keine Lösung
155 sein. Soziale Kontakte und zweckfreie Begegnungen mit Gleichaltrigen sind
156 relevant, um mit den Belastungen der Pandemie umgehen zu lernen. Kinder und
157 Jugendliche äußern, dass sie sich nicht wahr- oder ernstgenommen fühlen.

158 **Zur Einbindung junger Menschen fordern wir:**

- 159 • Die Wahrung der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention und die
160 Betrachtung junger Menschen als vollwertige Bürger*innen im Rahmen der
161 Pandemie-Maßnahmen in Deutschland.
- 162 • Weitere Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung in Deutschland und weltweit
163 müssen in langfristige und nachhaltige Strategien eingebunden sein und
164 dürfen nicht zu Lasten junger Generationen umgesetzt werden.
- 165 • Die Herausforderungen der digitalen Teilhabe, Kinder- und Jugendarmut und
166 Bildungsgerechtigkeit müssen konsequent angegangen und mit angemessenen
167 finanziellen Mitteln aus den aktuellen Aktionsprogrammen ausgestattet
168 werden.
- 169 • Die Absenkung des Wahlalters, um bereits jetzt eine Teilhabe junger
170 Menschen an entscheidenden politischen Prozessen zu ermöglichen, die sie
171 künftig betreffen.

172 **Chancen und Perspektiven für die schulische und berufliche Ausbildung bieten!**

173 Neben all den vorausgenannten Problemen steht das Bildungswesen in Deutschland
174 seit Beginn der Corona-Pandemie Kopf: Schulen, Berufsschulen und Universitäten
175 sind immer wieder geschlossen, Unterricht und Lehrveranstaltungen fallen aus und
176 Schüler*innen, Auszubildende und Student*innen erarbeiten sich Lern- und
177 Prüfungsinhalte selbstständig. Aufgrund der dynamischen Pandemie-Situation gibt
178 es in Bezug auf Lehr- und Prüfungsszenarien wenig Planungssicherheit.

179
180 Im Umgang mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie haben sich die Schwächen
181 des föderalen Bildungssystems offenbart. Ebenso sind Berufsmessen, Schulbesuche
182 oder Tage der offenen Tür reihenweise ausgefallen. Und auch für junge Menschen
183 auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz ist die Situation zurzeit schwierig:
184 es stehen weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung und Expert*innen befürchten,
185 dass Unternehmen, die noch bis vor kurzem dringend Auszubildende gesucht haben,
186 jetzt Ausbildungsplätze kürzen.

187 **Für die Chancengleichheit und Schaffung von Zukunftsperspektiven für junge 188 Menschen fordern wir:**

- 189 • Eine bessere Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen
190 sowie flexible Lösungen für die weitere Bildungslaufbahn der jungen
191 Menschen. So braucht es z.B. kleinere Klassen, um die Kinder angemessen
192 unterrichten zu können. Besonders junge Menschen mit Förderbedarf, für die
193 Homeschooling in derselben Form gar nicht stattfinden kann und die
194 besondere Unterstützung bedürfen, geraten in der öffentlichen Diskussion

195 häufig aus dem Blick.

- 196 • Die Entwicklung von krisensicheren Strukturen und Konzepten, um auch unter
197 besonderen Umständen Bildung für Kinder und Jugendliche gewährleisten zu
198 können.
- 199 • Die Ergreifung von jeglichen Maßnahmen, damit alle Ausbildungen
200 weitergeführt und beendet werden können, dazu bedarf es insbesondere auch
201 einen entsprechenden Ausbau und Absicherung der Jugendberufshilfe und des
202 Jugendwohnens.
- 203 • In den kommenden zwei Jahren einen massiven Ausbau staatlich geförderter
204 bürokratiearmer außerbetrieblicher Ausbildungsplätze, um zu verhindern,
205 dass es zu einer Lücke im Ausbildungsmarkt kommt. Angesichts ungewisser
206 wirtschaftlicher Aussichten besteht die Gefahr, dass in den nächsten
207 Jahren deutlich weniger Betriebe und Unternehmen ausbilden, als dies
208 bisher der Fall gewesen ist.
- 209 • Mehr direkte finanzielle Unterstützung für Studierende, die unkompliziert
210 und unbürokratisch zu erhalten sein muss. Diese dürfen dabei nicht zu
211 einer finanziellen Mehrbelastung für Studierende werden, sondern müssen
212 anstatt als Kredite als Zuschüsse gewährt werden. Bereits jetzt mussten
213 zehntausende Studierende persönliche Schulden aufnehmen oder staatliche
214 Hilfen beantragen, weil sie in der Krise plötzlich und unverschuldet in
215 finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind.
- 216 • Eine ideelle, finanzielle und strukturelle Förderung von Angeboten im
217 Bereich der nationalen und internationalen Freiwilligendienste
218 insbesondere zur Orientierung junger Menschen.
- 219 • Die Coronakrise darf nicht zu einer Krise für die Zukunft junger Menschen
220 werden.

221 **Gemeinsam handeln, weltweit!**

222 Als junge Europäer*innen verstehen wir uns als Teil der Weltgemeinschaft, tragen
223 globale Verantwortung und wollen Krisen gemeinsam und international lösen. Die
224 katholischen Kinder- und Jugendverbände engagieren sich dabei nicht nur für eine
225 nachhaltige und gerechtere Welt, sondern auch für einen bunten und vielfältigen
226 Austausch zwischen Ländern, Organisationen und Mitgliedern unserer
227 internationalen Dachverbände.

228 **Im Sinne unserer globalen Verantwortung fordern wir:**

- 229 • Die weitere finanzielle, bürokratiearme Absicherung von bilateralen
230 Begegnungen und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um die solidarische
231 Idee Europas weiter zu festigen und zu fördern.
- 232 • Weiterhin die Bereitstellung von Mitteln für den Weltfreiwilligendienst
233 und internationalen Begegnungen, um so wichtige Lern- und Austauschformate
234 weiterhin als Mittel der gelebten Solidarität zu erlauben

235

236

237

- Eine Strategie zur globalen Pandemiebekämpfung zu entwickeln und umzusetzen sowie versprochene finanzielle Unterstützung für den Gesundheitssektor der Länder des globalen Südens zu leisten.

238

239

- Ein stärkeres finanzielles und programmatisches Engagement zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

Antrag

6.16NEU Anerkennung, Wertschätzung, Segnung. Für einen neuen Umgang mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen

Antragssteller*innen:

Antragstext

1 Die Aussagen der Glaubenskongregation vom 15. März 2021 zur angeblichen
2 Unmöglichkeit, gleichgeschlechtliche Paare zu segnen, haben noch einmal in aller
3 Klarheit gezeigt, dass die Glaubenskongregation in ihren Urteilen nicht mit den
4 Überzeugungen weiter Teile unserer Ortskirche übereinstimmen. Die
5 Glaubenskongregation fasst an dieser Stelle nicht zusammen, was ein großer
6 Anteil an Katholik*innen glaubt, sondern vertritt ein
7 Menschen-, Welt- und Gottesbild, das weder jesuanisch noch zeitgemäß ist. Es
8 zeigt deutlich, wie sehr sich die Kirchenleitung von der heutigen Lebenswelt
9 entfernt hat – nicht umgekehrt! Die Glaubenskongregation stellt Behauptungen
10 über das Wesen des Menschen und Gottes Plan für die Menschheit auf, die vor der
11 Vernunft und den Erkenntnissen der Human- und Naturwissenschaften nicht zu
12 rechtfertigen sind. Damit verlangt sie einen Glaubensgehorsam ohne innere
13 Einsicht. Wir weisen diese Forderung aus Gewissensgründen entschieden zurück.

14 Wir wissen um den unterschiedlichen Stand des Themas in den deutschen (Erz-)
15 Diözesen. Während wenige deutsche (Erz-) Bistümer bereits wichtige und gute
16 Maßnahmen gegen die vorherrschende Diskriminierung gleichgeschlechtlich-
17 liebender Menschen ergriffen haben, wird dem Thema in anderen Bistümern noch gar
18 keine Beachtung geschenkt. Die bereits gegangenen Schritte werden durch die
19 Aussagen der Glaubenskongregation als unvereinbar mit der Lehre der Kirche
20 abgeurteilt, vorsichtigen Öffnungen wird ein Riegel vorgeschoben, Bistümer, in
21 denen LGBTIQ*-Personen und ihre Beziehungen unverändert Abwertung und
22 Ausgrenzung erfahren, werden bestätigt.

23 In den katholischen Kinder- und Jugendverbänden verbindet uns die Überzeugung,
24 dass jeder Mensch mit seiner Liebesfähigkeit von Gott geliebt und mit der
25 gleichen Würde beschenkt ist. Jeder Mensch, mit seiner eigenen Art zu lieben,
26 ist ein Widerschein Gottes. Uns verbindet die Überzeugung, dass Gott das Heil für
27 jeden Menschen will. Uns verbindet die Überzeugung, dass eine respekt- und
28 liebevolle Beziehung immer Ausdruck von Leben ist, das Gott uns schenkt, egal,
29 welches Geschlecht die Partner*innen haben. Die gelebte Vielfalt der Verbände
30 und ihrer Mitglieder und noch mehr die zahlreichen LGBTIQ*-Personen, die sich in
31 unseren Verbänden engagieren und selbstverständlich gleichgestellt sind,
32 verleihen diesen Überzeugungen Ausdruck.

33

34 Wir sind überzeugt davon, dass ein Segen keine Disziplinarmaßnahme ist und dass
35 er nicht verweigert werden darf und kann, weil der Segen von Gott kommt und
36 nicht von der Kirche oder den Menschen, die ihn vermitteln. Der Segen sagt
37 denen, die ihn empfangen, die unverbrüchliche Treue Gottes zum Leben in
38 seiner*ihrer Schöpfung zu. Diese Zusage ist mehr als ein frommer Wunsch, denn in
39 dieser Zusage an Menschen und ihre Beziehungen verwirklicht sich die Treue
40 Gottes. Sie zu verweigern, wie die Glaubenskongregation es verlangt, verzerrt
41 und entstellt die Botschaft Jesu in dieser Welt. Die Verweigerung ist
42 verletzend, sie fügt Schmerz zu und entfremdet Menschen vom Glauben an Gottes
43 Liebe und Treue, mindestens aber von der katholischen Kirche.

44 Wir fordern darum von unserer Kirche und allen ihren Amtsträgern, dass der Segen
45 keinem Paar, das um ihn bittet, verweigert wird. Paare, die bei uns um Segen
46 bitten, werden diesen bei uns erhalten. Wir erwarten von unserer Kirche, dass
47 Segenspendende nicht sanktioniert werden.

48 Angesichts der Glaubensüberzeugung, dass sich beim Ehesakrament die
49 Ehepartner*innen gegenseitig das Sakrament spenden, halten wir eine Segnung
50 gleichgeschlechtlicher Partnerschaften nur für einen ersten Schritt. Eine
51 breitere sakramententheologische Reflexion von Partnerschaften und
52 Liebesbeziehungen mit dem Ziel, jede Diskriminierung aufgrund der sexuellen
53 Orientierung zu überwinden, ist unser übergeordnetes Anliegen.

54 Den Ortskirchen steht die Möglichkeit offen, in Einzelfragen eigene Wege zu
55 gehen (vgl. z.B. EG 16). Die Entscheidungsträger der Kirche müssen dabei die
56 Stimme des gesamten Volkes Gottes* in ihrem Verantwortungsbereich und sein
57 Gespür für existentielle Wahrheiten (sensus fidei fidelium) ernstnehmen – und
58 diese Stimme war in den Reaktionen auf die Äußerung der Glaubenskongregation
59 deutlich zu hören. Es waren sowohl Lai*innen, als auch Geweihte, die deutlich
60 protestiert haben. Sie bringen ins Wort, was viele denken, aber vor Angst vor
61 Konsequenzen nicht äußern: Unbarmherzigkeit, Ausgrenzung und tiefe Verwundungen
62 können nicht im Sinne Jesu sein.

63 Als Teil des ordentlichen Lehramts ist es nicht nur Aufgabe der Bischöfe,
64 Entscheidungen des Papstes und der Konzilien in ihre Diözesen zu tragen, sondern
65 auch umgekehrt auf die Äußerungen des Glaubenssinns der Gläubigen zu hören und
66 diese in die Weltkirche zu tragen. Wir fordern von unseren Bischöfen ein, sich
67 im Rahmen des Synodalen Weges für eine gemeinsame Erklärung stark zu machen und
68 den Stimmen ihrer Gläubigen im Kollegium der Bischöfe Gehör zu verschaffen. Wir
69 fordern jeden einzelnen von unseren Bischöfen auf, den bereits genannten ersten
70 Schritt mit den Gläubigen in ihren Bistümern zu gehen: eine sichtbare Pastoral
71 für gleichgeschlechtlich Liebende in ihren Bistümern zu etablieren und einen
72 Segensritus für gleichgeschlechtliche Beziehungen in ihren Diözesen einzuführen.

73 In der breiten Auseinandersetzung, die gerade innerhalb unserer Kirche geführt
74 wird, sprechen wir für eine Generation, die die Diskriminierung von Menschen
75 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht mehr mittragen kann und will. Wir

76 verpflichten uns darum, auf unseren jeweiligen Diözesan- oder Kontaktbischof
77 zuzugehen und diese Anliegen vorzutragen. Wir rufen alle Katholik*innen auf,
78 sich uns dabei anzuschließen.

Antrag

B01 Änderung der Geschäftsordnung

Antragssteller*innen: BDKJ-Hauptversammlung

Antragstext

1 Die Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:

2 *Ursprünglicher Text:*

3 **§ 4 Termin**

4 (3) Das Gremium kann auf allgemeinen oder einzelfallbezogenen Beschluss auch in
5 Form einer Video- oder Telefonkonferenz tagen, dies gilt nicht für die
6 Hauptversammlung, die Bundesfrauenkonferenz und die Bundeskonferenzen der
7 Jugend- und Diözesanverbände. Mischformen sind zulässig.

8 *Beantragter neuer Text:*

9 **§ 4 Termin**

10 (3) Das Gremium kann auf allgemeinen oder einzelfallbezogenen Beschluss auch in
11 Form einer Video- oder Telefonkonferenz tagen. Mischformen sind zulässig.

12 **Der Beschluss zum Tagen in einer Video- oder Telefonkonferenz wird**

- 13 • für die Hauptversammlung einzelfallbezogen durch die Hauptversammlung
14 selbst oder den Hauptausschuss,
15 • für die Bundesfrauenkonferenz, die Bundeskonferenz der Jugendverbände und
16 die Bundeskonferenz der Diözesanverbände einzelfallbezogen durch die
17 jeweilige Bundeskonferenz selbst oder das jeweilige Präsidium

18 **getroffen.**

19 *Ursprünglicher Text:*

20 **§ 12 Beschlussfähigkeit**

21 (1) Die Gremien sind beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und
22 mehr als die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder persönlich anwesend sind.

23 *Beantragter neuer Text:*

24 **§ 12 Beschlussfähigkeit**

25 (1) Die Gremien sind beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und
26 mehr als die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. **Als**
27 **anwesend gilt, wer an einer Sitzung in Präsenz teilnimmt, im Falle einer Video-**
28 **oder Telefonkonferenz der Sitzung telefonisch oder per Videoübertragung**

29 **zugeschaltet ist.**

30 *Ursprünglicher Text:*

31 **§ 16 Abstimmungsregeln**

32 (2) Abstimmungen werden grundsätzlich offen durchgeführt. Wahlen werden
33 grundsätzlich in geheimer Abstimmung durchgeführt. Tagt das Gremium nach § 4
34 Absatz 3 kann es ebenfalls Beschlüsse fassen. Abstimmungen mit Ausnahme von
35 Wahlen, können durch allgemeinen oder einzelfallbezogenen Beschluss des Gremiums
36 auch im Umlauf- oder Sternverfahren durchgeführt werden. Umlauf- oder
37 Sternverfahren sind für die Beschlussfassung der Hauptversammlung nicht
38 zulässig.

39 *Beantragter neuer Text:*

40 **§ 16 Abstimmungsregeln**

41 (2) Abstimmungen werden grundsätzlich offen durchgeführt. Wahlen werden
42 grundsätzlich in geheimer Abstimmung durchgeführt. Tagt das Gremium nach § 4
43 Absatz 3 kann es ebenfalls Beschlüsse fassen. Abstimmungen mit Ausnahme von
44 Wahlen, können durch allgemeinen oder einzelfallbezogenen Beschluss des Gremiums
45 auch im Umlauf- oder Sternverfahren durchgeführt werden. Umlauf- oder
46 Sternverfahren sind für die Beschlussfassung der Hauptversammlung nicht
47 zulässig, **ausgenommen sind Beschlüsse nach § 4 Abs. 3.**